

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, Oktober 1930

Nummer 34

Heraus mit den Schätzen!

Seht auf das Notstandsprogramm der Gemeinde Wien — rufen die S. P.-Bouzen im Chor: die Wiener Gemeindeverwaltung ist für die Arbeitslosen. In Wirklichkeit werden durch dieses „Programm“ kaum 2000 Arbeiter beschäftigt werden.

Wir, Strafella-Rangoin-Starhemberg elektrifizieren die Bundesbahnen, wir führen die Angleichung der Altpensionisten durch und versprechen jedem Tapferkeitsmedaillenbesitzer eine Zulage, wenn ihr uns wählt. Das ist der Ruf der Regierung.

Der Heimatblock fischt mit seiner sozialen Demagogie im Trüben und propagiert das 3. Reich: das Reich der

Arute und des Salgens.

Im Parlaments-Unterausschuß wurden von der S. P. zwar die Waffenschiefungen und Rüstungen der Primwehr enthüllt, aber gleichzeitig fordert die S. P. die Auflösung des Schutzbund und die Abrüstung: das heißt: die Arbeiter werthlos dem Faschismus ausliefern.

Arbeitspflicht

fordern die Faschisten aller Kaliber, das bedeutet: um Hungerlöhne, teils umsonst dem Staate die Arbeitskraft zur Verfügung stellen, dem Unternehmer billiges Ausbeutungsobjekt zu sein; während die Besitzenden ihr arbeitsloses Einkommen weiterhin in Ruhe genießen sollen. Dieser Vorschlag ist nichts anderes als der Anfang der

allgemeinen Wehrpflicht

und eine wohlbedachte Maßnahme zur völligen Zertrümmerung der

Arbeitslosenversicherung.

Nicht um den bankrotten Kapitalismus zu „gesunden“, sondern um das Elend der Massen grenzenlos zu verschärfen (siehe Italien-Ungarn), die

Profitwirtschaft und Lohnlaverei

zu vereinen, das ist das Resultat der gesamten Politik aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie; welche sich offen rühmt — „in jenem schicksalsschwangeren Frühjahr (1919 Ann. d. Red.) den Angriff des Bolschewismus abgewehrt“ zu haben. Auf dem Rücken der Sozialdemokratie hat sich die

Konterrevolution

in den Sattel geschwungen. Ob im Staate, ob in den Ländern, Städten und Gemeinden, überall regieren die

Sozialdemokraten und Christlichsozialen
auf Kosten des werktätigen Volkes.

Die Hungerpeitsche

läßt hagelnd auf das Proletariat: ein

Hungerwinter

steht bevor: durch die Werkstätten und die Betriebe schleicht das Wespen der Arbeitslosigkeit; die Lohnreduzierungen, Herabsetzung der Arbeitsbedingungen, Nichterhaltung der sozialen Gesetzgebung sind zu einer allgemeinen

Geißel

für das Proletariat geworden. Der

Lebensmittelwucher

feiert Orgien wie in den Kriegsjahren und die Regierung macht den Besitzenden Gichtente, ist freigebig auf Kosten der Werktätigen.

Die geplante Elektrifizierung einiger Strecken ist nichts anderes als eine

kriegsstrategische Maßnahme

zur Unterstützung Italiens. Die Arbeiter sollen sie bezahlen und dazu die Wucherzinsen.

Ja, Elektrifizierung, aber allgemeine Elektrifizierung und auf Kosten der Besitzenden.

Nicht denn je muß der Ruf erschallen:

Heraus mit den brachliegenden Schätzen und Vermögen der Kirche, der Hasburger, des Adels und der Kapitalisten. Allgemeine Elektrifizierung der Bahnen, Wohnungs- und Straßenbau mit den brachliegenden Schätzen der Besitzenden.

Wirtschaftsabündnis mit Sowjetrußland, weitgehendste staatliche Kredithilfe für Rußlandgeschäfte.

Sofortige Einführung des Siebenstundentages bei gleichbleibenden Löhnen.

Herabsetzung der Gehälter der hohen Bundes-, Landes- und Gemeindebürokratie. Gehaltszulagen für die unteren Schichten der Beamtschaft.

Kampf der sozialen Reaktion auf allen Linien.

Alle Lasten den Besitzenden.

Kampf gegen jeglichen Lohnraub, für Lohnerdösungen.

Demonstriert für diese Forderungen, indem ihr am 9. November für die Liste

der kommunistischen Partei

stimmt. Bekennet euch zur kommunistischen Linksoption; bekennet euch zum Kampfe gegen Reformismus und Faschismus — zum sozialen Befreiungskampfe des Proletariats, zur proletarischen Revolution!

An die Proletarier der ganzen Welt!

Sie lesen die im „Wahnruf“ Nr. 31 be-
zogenen auszugswürdige Veröffentlichung des Ma-
schin des „Internationalen Bulletin“ der Links-
oppositionen fest.

Dies. Krise (die Krise in der kommunistischen Inter-
nationale. Ann. d. Red.) ist zum großen Teil der Ab-
platz und die direkte Folge der Krise, die sich in der rus-
sischen kommunistischen Partei der ganzen Sowjet-Union
abspielte. Sie ist verursacht durch die gesamten Zustände,
die der Zusammenbruch der westeuropäischen Revolution in
den Nachkriegsjahren hervorgebracht haben: das west-
europäische Proletariat hat seinen russischen Brüdern die
zur Vorkämpfung ihrer siegreich begonnenen Revolution nö-
twendige Hilfe nicht zukommen lassen können. Die Sowjet-
Union kann allein weder die Massengesellschaft aufbauen,
noch den Sozialismus aufbauen. Sie kann die Grund-
lagen einer sozialistischen Gesellschaft gegen die sie um-
gebende kapitalistische Welt verteidigen, bis das Proletar-
iat der vorgedruckten kapitalistischen Länder ihr zu Hilfe
kommt.

Sie erfordert eine richtige Klassenpolitik, die die
Überbrückung in der sozialistischen Elemente über die kapita-
listischen sichern, die der industrialisierten Stadt über
das ländliche Land den Vorrang verleihen, die innerlich die
Behaltung der Arbeiter und der armen Bauern auf
eine höhere Stufe bringen und die vor allem ihre all-
gemeine politische Linie auf die Perspektiven der inter-
nationalen Revolution einstellt. Dies war die politische
Einrichtung, die während der ersten Periode der Oktober-
revolution erfolgt wurde. Aber nach Lenins Tod, nach
den schweren Niederlagen in Deutschland, Bulgarien und
Südafrika, trat die Sowjet-Union in eine Periode politischer
und sozialer Reaktion, die sich sowohl in der Partei als
auch in dem ganzen Land auswirkte.

Indem in dieser Epoche der Gang der internationalen
Revolution vernachlässigt wurde, kristallisierte sich zugleich
die Theorie vom Sozialismus in einem Lande. Anstatt
die kapitalistischen Elemente des Landes zu besiegen,
versuchte man sie; anstatt den armen Bauern zu unter-
stützen, wurde der Anlat begünstigt; anstatt dem Arbeiter
im Bereich Vorteile zu verschaffen, verließ man der Büro-
kratie der Vertriebsstellen und der Gewerkschaften gänz-
liche Vollmacht; anstatt die Arbeiterdemokratie in der
Partei auszuweiten, wurde die Partei unter einem bü-
rokratischen, bürokratischen Apparat erstickt. Um diese re-
aktionäre Politik des „National-Sozialismus“ zu überwin-
den wurde eine riesenhafte Fälschungskampagne unter-
nommen; es folgten Einschränkungen, Einschüchterun-
gen und die Mobilisierung aller reaktionären Elemente
gegen die Leninisten. Wegen ihres Kampfes gegen das
Anwachsen der neuen Kongresse, wurde die Opposition
(Bolschewiki-Leninisten) aus der Partei ausgeschlossen, in
die Verleumdung und in Mord gebracht.

Der Widerhall dieser Politik in der kommunistischen
Internationale ist eine Fälschungspolitik, die zwischen Op-
portunismus und Abenteuerismus hin- und hergeschwankt und
die von der russischen Partei, die eine Staatsgewalt ist,
vergegenwärtigt wird. Auf diese Weise banden Stalin und
Ludarin die chinesischen Arbeiter und Bauern an die
Macht Fälschungspolitik, auf diese Weise verhielten sich
die europäischen Kommunisten, den Kampf gegen die Ver-
räter am Generalstreik zu führen; indem er auf büro-
kratische Art auf die Schläge der Opposition und auf den
Tendenz der Arbeiterklasse reagiert, ist der bürokratische
Apparat, der keine eigene Politik besitzt, die Parteien in
außerer Abwesenheit, wie der Fälschung von Stalin, der

1. August 1929 und die gesamte Philosophie der „dritten
Periode“.

Die M. meuropäer der Dominieren fand eine natur-
gemäße Übereinstimmung in dem Abenteuerismus der
Stalinisation in der U. d. S. Z. M. auf ökonomischem
Gebiet. Nachdem sie jahrelang den Anlaten unterstützten
hatten, gingen die Genossen plötzlich dazu über, den-
selben in wenigen Jahren als Klasse abzuschreiben. Sie
haben ein bürokratisch gedachtes und bürokratisch ausge-
führtes Programm der Industrialisierung und der Kollekti-
visierung der Landwirtschaft aufgestellt. Aber alle Ver-
suche, auf der Grundlage der Theorie des Sozialismus
in einem Lande, ein Programm der proletarischen Dis-
tante und der Abschaffung der Kapitalistenkrise zu ver-
wirklichen, müssen niedergedrungen werden. Aus diesem
Grunde hat die internationale Linksopposition, auf Ver-
anlassung der Fälschung von dem Stalinapparat eingeleitete
genauen Linie, der Arbeiterklasse der ganzen Welt zugewandt:
Die russische Revolution ist in Gefahr, die Sowjet-Union
näher sich einer kritischen Periode, alle Anstrengungen
müssen verdoppelt werden! Der willkürliche, bürokratische
Tendenz auf die Kollektivierung der Landwirtschaft hat die
Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie
und Landwirtschaft verschärft. Die Stadt, das Proletariat,
ist im Begriff, die Führung des Dorfes zu verlieren. Die
proletarische Vorhut ist in immer größerer Auflösung be-
griffen: in der Partei selbst geht die innere Zerschüttung
in zwei Richtungen vor sich: einerseits ist der Bruch
zwischen Apparat und Masse zu einem Abgrund ge-
worden, andererseits ist die schroffe und klare Abgrenzung
der Partei, die die Vorhut der Klasse bildet, im Begriff,
zu verschwinden, in der Richtung, die Partei in der
Klasse aufzulösen. Ihre theoretische Bildungsstufe ist ge-
sunken: der Apparat hat ihr politisches Leben, ihre In-
itiative erstickt; ihre innere Zusammengehörigkeit: ist durch
die ununterbrochene Arbeitszeit, die Lächerlichkeit kollektive
Ruheperiode vorzieht, zerstört worden. Die Instationsge-
fahr wird täglich drohender. Der Apparat selbst ist ge-
zwungen, vor den letzten Konsequenzen seiner abenteuer-
lichen Fahrt zurückzukehren. Aber alle vergangenen Er-
fahrungen lehren, daß dieser Rückzug ein Fälschfall
in das andere Extrem nicht verhindern wird; die Fälschung
den feindlichen Massen gegenüber, das Scheitern der Partei
auf dem liquidatorischen Wege der Reaktion. Es zeigt sich
jetzt eine liquidatorische Wendung, welche sich auf breiter
Basis zu entwickeln beginnt. Nach einer Periode wagnis-
voller Übertreibung verfallen die Parteien geschwächt und
demoralisiert der Reaktion und der opportunistischen Reak-
tion, was mit einigen bürokratisch-optimistischen Phrasen
verdeckt wird. In der U. d. S. Z. M. unterdrückt der 16. Kon-
gress der bolschewistischen Partei die Rechte und zieht sich
gleichzeitig auf wirtschaftlichem Gebiet in voller Verwir-
rung zurück. In Deutschland und Frankreich folgt auf
die schrillste Phrase, auf die Herausforderung der
Partikularien, die verschärfte Wiederholung der opportunisti-
schen Vorurteile: Passivität, Bescheidenheit, Wahrung dem
Proletariat gegenüber.

Dieser Rückzug muß in einen Sieg für die Linie
der Opposition verwandelt werden; die Arbeiterklasse muß
aufgewacht werden, ihrer Partei eine ernsthafteste Taktik
anzuwenden.

Die internationale linke Opposition spricht offen zu
den Massenbewegungen der Arbeiter der ganzen Welt. Die
Sowjet-Union, die Diktatur des Proletariats, die U. d. S. Z. M.,
die Vorhut der Arbeiterklasse, sind in Gefahr; das in
Rußland herrschende Regime und die Internationale wer-

den der Katastrophe entgegengebracht. Die kommunistischen Parteimitglieder, die revolutionären Kämpfer müssen überall bei linken Expositionen teilnehmen und die Fahne des Bolschewismus hochheben.

Eine unerhörte Beschlagnahme

Der Staatsanwalt hat die von der kommunistischen Linksopposition herausgegebene Broschüre „Kampf der tatsächlichen Gefahr“ beschlaggenommen. Die wegen des Vergehens gegen den Paragraph 303 angeklagten Stellen sind programmatische Grundzüge, die alljährlich von den Kommunisten propagiert werden. Eine der angeklagten Stellen fordert zu einem Bekenntnis auf: was nichts anderes ist, als sich zu einer bestimmten Gesinnung zu bekennen. Noch ist die Gesinnungsfreiheit gesetzlich geschützt und diese Anklage ein grober geistlicher Mißgriff, der nur darauf hinausläuft, die revolutionäre Propaganda unmöglich zu machen. Es ist das erstemal, daß das elementare Recht der bürgerlichen Demokratie, die Gesinnungsfreiheit, getrübt wird. Ferner ist eine Stelle der im Vorjahr in Wien erschienenen Broschüre Trotskis, „Die Krise in Osterrreich, die Sozialdemokratie und der Kommunismus“, die in der beschlaggenommenen Broschüre auszugsweise veröffentlicht wurde, angeklagt worden. Daraus kann man ersehen, mit welcher Willkür und Tendenz die Umwidmung des revolutionären Gedankens betrieben wird. Genoff: Thoma, der für den Inhalt verantwortlich gezeichnet hat, wird die volle Verantwortung übernehmen.

Die Sozialdemokratie wird gefragt, ob sie auch in diesem Falle die Immunität verweigert?

Gegen die rückhaltlose Einheitsfront.

Langze leitete die Stalinbürokratie, bis ihr endlich in der „Neuen Fahne“ vom 19. Oktober die Antwort auf unser rückhaltloses Einheitsfrontangebot entchlüßte. Unsere sachliche Begründung lautete unter anderem:

„Am 3. Oktober der erfolglosen Mobilisierung der revolutionären Front schlagen wir euch vor, uns, die linken Kommunisten (Wahnrufgruppe), im Grazer Wahlkreis auf eure Mandidantliste zu nehmen. Die revolutionären Arbeiter von Graz werden unseren Parolen, für die Liste der KPÖ zu stimmen und einzutreten, viel freudiger und konsequenter befolgen, wenn sie die Einheit der Kommunisten in Graz auch in der Mandidantenliste verkörpert sehen.“

Wir hoffen von Euch, daß Ihr in dieser Frage alle fraktionellen Gesichtspunkte im Interesse der restlosen Mobilisierung der revolutionären Front zurückstellt.“

Darauf antwortete die „Neue Fahne“: „Sie wollen Mandate.“ Welch armelige Antwort. Wir haben gar nicht verlangt, an erster Stelle auf der Liste der Partei zu sitzen (im übrigen warnen wir euch vor Illusionen): uns war es nur darum zu tun, restlos unsere Kraft für die Mobilisierung der revolutionären Front ausnützen zu können. Vergesst nicht, welche Zerstörung im Laufe der Jahre im revolutionären Lager angerichtet habt; verweist nicht, welche Folgen eure stalinistische Politik in der Arbeiterklasse ausgelöst hat (z. B. die Taktik bei den Betriebsratswahlen). Wenn jemand imstande ist, die revolutionär führenden und revolutionär denkenden Arbeiter restlos für die KPÖ zu mobilisieren, so sind das wir linken Kommunisten. Die Grazer Arbeiter haben eine langjährige Schule hinter sich, sie wissen das Korn vom Spreu zu scheiden.

Ihr versucht, unseren Kampf für die kommunistische Liste als „Pantouf des Trotskismus“ hinzustellen. Wir

verstehen eure Besorgnis. Ihr erlennt die Schärfe unserer Argumente: ihr fürchtet die Kontrolle der Massen, die Kritik der Linksopposition. Mehr denn je werden wir die Vorzugen unseres Manifestes in die Massen tragen, ihnen die unabwendbare Notwendigkeit des Kampfes um die Bolschewisierung der KPÖ aufzeigen und die Massen von der Notwendigkeit der Beseitigung des die kommunistische Bewegung zerstörenden Stalinregimes zu überzeugen versuchen.

Jeder Tag, jede Verschärfung der sozialen Krise bezeugt eure Unfähigkeit und schafft somit die objektiven Voraussetzungen des Sieges der Linksopposition. In die dumpfe Atmosphäre eures Parteidogmas, eures ideologischen und politischen Verfalls legt der Sturmwind der Leninopposition.

Wir werden mit der Fahne Lenins die Massen mobilisieren für eine wirkliche Leninistische KPÖ, für die kommunistische Liste am 9. November.

Seid immunisiert - was?

Die Sozialdemokratie, die mitverantwortlich ist für das neue Fiesgegesetz und mitschuldig ist an dem gegenwärtigen Kurs, versucht sich bei Teilen der Bourgeoisie anzubiedern, indem sie die unlängst der Beschlagnahme verfallene „Neue Freie Presse“, das Organ Rothchilds und anderer antimarxistischer Blätter, im Wiener Landtag immunisierte. Die gleichfalls beschlagnommene „Neue Fahne“, in der der Wahlauftritt der KPÖ veröffentlicht wurde, immunisiert die Sozialdemokratie nicht. Denn sie rühmt sich doch in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Oktober, „vor elf Jahren den Kommunismus so gründlich liquidiert zu haben, daß er seither eine bedeutungslose Sekte geblieben ist“. Ja, sie hat die Bourgeoisie vor dem Bolschewismus gerettet und das Proletariat in das Joch des drohenden Faschismus geführt. All das, was das Proletariat in den elf Jahren erleidet und erduldet hat, verdankt es der Sozialdemokratie, die jetzt durch den Faschismus ersetzt werden soll. Arbeiter, wählet und bekennet euch am 9. November zum Kommunismus!

Spendet Wahlfond

Der 23. Oktober.

In fast allen Industriecorren fanden an diesem Tage Hungerdemonstrationen statt. In Wien marschierten zirka dreitausend kommunistische Arbeitslose über die Ringstraße. (Mit den italienischen Arbeitslosen waren es fünftausend).

In Graz marschierten 400-500 Arbeitslose und am Landplatz versammelten sich zirka 1500 Arbeitslose, darunter sehr viele S. P.-Arbeiter, die dem Ruf der linken Kommunisten folgend, zur Kundgebung kamen. Zur Gegenfrage zu Wien hat es sich in Graz wieder bestätigt, daß dort, wo die linke Opposition wirkt, Teile der Arbeiterklasse dem Ruf der Kommunisten folgen.

Wiener Genossen

erscheint alle am Dienstag, den 28. Oktober, um 7 Uhr abends in Diefers Gasthaus, Alferstraße 59. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Was uns Arbeiter schreiben.

Lohprellerei bei der Firma Gregorcic.

Wir haben im Mahnruf schon öfters auf die Praktiken dieser Firma hingewiesen. Gregorcic jun. hat nun seinem Tun die Krone aufgesetzt. Er entließ 20 Arbeiter und überredete diese, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie lohnbefriedigt entlassen sind und keine Forderungen an die Firma zu stellen haben. Wie bekannt, bezahlt dieser Schlossermeister seinen Arbeitern den 50 prozentigen Ueberstandszuschlag nicht. Um die Arbeiter abzuhalten, daß sie sich ihren Lohn durch das Gewerbegericht verschaffen, versprach er ihnen, sie in längstens 14 Tagen wieder einzustellen. Einige Arbeiter haben sich geneigt, diesen Erpressungsvertrags zu unterschreiben, während sich die übrigen, durch die Vorpiegelung, daß sie wieder aufgenommen werden, verleiten ließen, diesen Revers zu unterschreiben, ohne zu wissen, daß sie damit all ihrer Ansprüche verlustig werden. In dieser Schlosserei wird bis 10 Uhr abends geschuftet und der Herr Gregorcic prellt die Arbeiter um ihren gesetzlich gewährleisteten 50 prozentigen Zuschlag. Hier, so wie bei der ganzen sozialen Gesetzgebung mußte die Einhaltung zwingenden Charakter haben, denn sonst kann der Unternehmer mit Terror, wie dieser Fall zeigt, die Arbeiter um ihren erworbenen Lohn prellen. Dieser Fall zeigt auch, wie das Gesetz über den Achtstundentag auf dem Papier steht. Und die Gewerkschaft will diesem Treiben der Unternehmer mit dem Appell an das Gewerbeinspektorat beikommen. Vergebliche Mühe. Diesem Treiben der Unternehmer vermag nur der entschlossene revolutionäre Kampf Einhalt gebieten.

Katastrophengemeinschaft Mella.

Mella, der seinerzeit im zentralen Arbeitslosenkomitee einen heftigen Kampf gegen unsere Genossen entfachte, ist nun mit seinem Laden, den er zum „Kampf gegen die Doppeldiebener“ eröffnet hat, bei der Heimwehr gelandet. Mella war es, der den Genossen Lust (Stalinist) bei der Firma Buch benutzte, welcher darauf gemahregelt wurde. Viele Arbeitslose, die unsere damalige Warnung nicht ernst nahmen, werden heute erkennen, daß wir recht hatten, als wir Mella den Weg zum Faschismus voraus sagten. Darum seid vorsichtig und laßt euch nicht von dieser Katzung „Arbeitslosenvertreter“ mißbrauchen.

Der Stierreiber als Gastwirt.

Der seine Herr Hausbesitzer und Gastwirt Keller, Rochelgasse in Eggenberg, macht eine wahre Hezjagd auf Arbeiterfamilien: jede Gelegenheit benützt dieser seine Herr, um die Parteien zu schikanieren. Eine arme Frau holte mit ihrer Tochter vom Walde Holz. Mühevoll schleppten sie das Holz nach Hause. Um das grüne, nasse Holz zu trocknen, ließen sie es im Hofe liegen. Als Herr Keller das Holz liegen sah, wurde er wütend und warf es in die Mitte des Hofes. Die Frau Kellers drohte: „Wenn das Holz nicht gleich wegkommt, hol' ich 1 Liter Petroleum und zünde es an“. Nachher ging Herr Keller in den Hof und legte das Holz so, daß die Parteien, wenn es dunkel wird, darüberstürzen sollen und die arme Frau noch im Falle eines Unfalles gestraft werden soll. Die Parteien werden mit verschiedenen Namen beschimpft: „Topp“, „Püldher“, „Gauner“ und „Individuum“. Auch mit Ohrfeigen droht dieser Herr und schreit mit den Frauen, als wären sie Hunde. Die proletarischen Mieter von Eggenberg warnen Herrn Keller!

Unternehmer-Müllern!

Der Großgrund- und Mühlenbesitzer Johann Bod, vulgo Bockmerl in Kleinfemmering bei Weiz verlangte Anfang Juli vom Arbeitsamt in Graz einen Müller. Nachdem der Arbeiter volle sechs Wochen keinen Lohn erhielt, begehrte dieser am 18. August seinen Lohn. Bod sagte darauf, er habe kein Geld. Da es aber dem Arbeiter bekannt war, daß Bod auch seinen früheren Müller zwei Jahre lang den Lohn schuldig blieb, obwohl er demselben nur 5 Schilling Wochenlohn bezahlte, bestand der Arbeiter darauf, seinen Lohn zu erhalten. Darauf entfernte sich Bod, ging nach Weiz und nahm dort einen Müller auf und entließ den anderen Arbeiter. Dies genügt Bod aber nicht. Bei Ausfüllung der Arbeitgeberbestätigung machte er die fügenhafte Angabe, daß der Arbeiter selbst die Stelle verlassen hätte, damit der Arbeiter um die Unterstützung kommt. Bod ist in der ganzen Gegend bekannt, daß er seinen Arbeitern den Lohn schuldig bleibt oder überhaupt nicht bezahlt. Obwohl er nur von der Arbeit anderer ein Schlemmerleben führt, beschimpft er die Arbeiter als arbeitschene. Und um solche Unternehmer zu unterstützen, zahlt der österreichische Arbeiter und Arbeitslose eine erhöhte Bier- und Zucksteuer; ein Notopfer für arbeitschene Großgrund- und Mühlenbesitzer. Ernst Machold, Pendlai 93, Graz.

Aus Voitsberg.

Achtung! Bergbaupolizei!

Der Arbeiter Namens Sommer wurde angehalten, in einer bergpolizeiwidrigen Strecke der Grube Holzer in Riber zu fördern. Nachdem er schon einen Hund bis zur Ausweichstelle gefördert hatte, fuhr er mit dem zweiten Hund an den ersten an, der durch den Anprall einige Meter vorrollte und den auf der Strecke herumstolzierenden Rutschmeister Gruber, der sonderbarer Weise als Steiger fungiert, verletzte. Sommer wurde zu Ing. Obers vorgeladen, welcher dem Arbeiter in fleghafter Weise vorhielt, daß er ohne Licht gefahren ist und an dem Unfall des Gruber schuld sei. Sommer verwies darauf, daß er das Licht an der Hinterseite des Hundes angebracht hatte, da die Strecke so schlecht ist, daß man bis über die Waden im Kot versinke und sich ohne Licht die Gefahr eines Sturzes unvermeidlich sei. In der Auseinandersetzung wehrte sich Sommer gegen das fleghafte Benehmen des Ing. Obers und wurde von diesem entlassen. Die Abrechnung hielt man ihm acht Tage zurück und auch die Betriebsräte verweigerten dem Arbeiter ihre Unterstützung, so daß Sommer 8 Wochen strafweise keine Unterstützung bekam. Wohin soll sich der Arbeiter wenden, wenn ihm, um zu seinem Rechte zu kommen, die Vertretung der Gewerkschaftsfunktionäre vorenthalten ist? Da gibt es nur ein Kampfmittel: Revolutionäre Aufklärungsarbeit.

Schikanen den Arbeitslosen.

Die Arbeitsvermittlung sendet für den Bau der Packerstraße, unbetümmert, ob auch Schlafstellen vorhanden sind, Arbeiter auf die Baustelle. Die Arbeiter haben einen Fußmarsch zur und von der Baustelle, von 5 Stunden. Herr Käs, der Leiter der Vermittlung, entzieht jedem Arbeitslosen, der sich weigert, den fünfständigen Marsch nebst der achtständigen schweren Arbeit zu machen, auf acht Wochen die Unterstützung. Dieser Zustand ist nur durch die geschlossene Abwehr der Arbeitslosen zu befeitigen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gariengasse 1. — Im Auftrage der Kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Kouragasse 24. — Druck: „Aria“, Wien, 2. Bez., Tabakstraße 52 b.